Evangelischer Akademie drohen herbe Einschnitte

Kürzungen auf Bundesebene und Sparmaßnahmen der Kirche könnten dazu führen, dass die Einrichtung in Bad Boll Veranstaltungen und Stellen streicht.

ie Evangelische Akademie in Bad Boll ist alarmiert. Ursache sind Pläne der Bundesregierung, die laut der Akademie plant, im Haushalt ab 2024 drastische Einsparungen im Bereich der Bildungs- und Demokratiearbeit zu sparen. "Dies hätte gleich in mehrfacher Hinsicht negative Auswirkungen für die Tätigkeit der Evangelischen Akademie Bad Boll", heißt es in einer Mitteilung. Von den durchschnittlich jährlich 110 Veranstaltungen würden bis zu 22 durch die Bundeszentrale für politische Bildung gefördert. "Sollten diese geplanten Kürzungen um rund 20 Millionen Euro, also etwa 20 Prozent, tatsächlich umgesetzt wer-

den, gepaart mit den inflationsbedingten Sparmaßnahmen der Landeskirche, bedeutet dies einen gravierenden Einschnitt in der qualifizierten Umsetzung unserer Tagungsarbeit", befürchtet die kommissarische Direktorin der Akademie, Monika Appmann.

Die Akademie engagiere sich seit ihrer Gründung 1945 für die Förderung und den Erhalt der Demokratie. Entsprechend groß sei das Unverständnis über die massiven Einsparungen in der politischen Bildung. "Unsere demokratische Gesellschaft sieht sich aktuell mit vielfachen Herausforderungen konfrontiert", sagt Monika Appmann. "Angesichts besorgniserregender Demokra-

tiegefährdungen wie dem zunehmenden Populismus und Extremismus sowie offen geäußertem Hass – vor allem im digitalen Raum – sind die Kürzungspläne aus unserer Sicht nicht nachvollziehbar."

Im akademieeigenen Fachdienst "Jugend - Bildung - Politik" arbeiten zwei Studienleiterinnen auf Netzwerkstellen, die durch den Kinder- und Jugendplan (KJP) des Bundesfamilienministeriums finanzier werden. Ihr Schwerpunkt ist die politisch Jugendbildung. Werden die Fördermittel wie geplant gekürzt, drohe der Abbau von Angeboten. Die geplanten Kürzungen stünden im Gegensatz zu den Vereinbarungen des Koalitionsvertrags, der eine "bedarfsgerechte Ausstattung"des KJP und eine Erhöhung um 70 Millionen Euro vorsehe.